

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.
Gernau Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassentor: Dresden 1338
Circulasse Riesa Nr. 62.

Nr. 286.

Sonntag, 9. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preisgeld: gegen Voreinzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder
bargeldig. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für
Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage
„Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck nach Verlags: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Seedts Abschied.

Wie die Blätter betonen, ist es sicherlich Reichspräsident von Hindenburg nicht leicht gefallen, dem Abschiedsgesuch des Chefs der Seereisleitung von Seedt stattzugeben, aber in seinem Verantwortungsbereich habe er angelehnt der drohenden Staatskrise nicht anders handeln können.

Der „Vofalaanzeiger“ schreibt: Der Reichspräsident konnte, wie die Dinge liegen, nicht anders handeln; das Reichsamt hätte sehr wohl anders handeln können. Bei ihm liegt die Verantwortung, wenn sich aus dem erzwungenen Rücktritt Seedts Schäden für Deutschland ergeben. — In der „Tägl. Rundschau“ heißt es: In einigen Blättern sind Nachrichten veröffentlicht worden, die von angeblichen Aktionen der Reichswehr zugunsten des Generaloberst von Seedt zu berichten wissen. Es ist allgemein anerkannt, daß es Seedt gelungen ist, eine wohl disziplinierte Reichswehr zu schaffen. Man legt sich selbst in Widerspruch zu dieser Tatsache, wenn man behauptet, die Reichswehr könne eines derartigen Verhaltens fähig sein. — Die „Germania“ sagt: daß es dem Reichspräsidenten mit seinem alten Soldatenherzen besonders schwer gefallen ist, sich zu einem Entschluß durchzuringen, kann nicht wunder nehmen. Aber es war nur eine Lösung des Konflikts politisch möglich, und in diesem Sinne hat der Reichspräsident dann auch entschieden. — Die „Vof.“ heißt: Die „Vof.“ betont: Den Worten des Dankes und der Anerkennung für die Dienste, die Generaloberst von Seedt im Krieg und nach dem Kampfe durch den Aufbau der Reichswehr der deutschen Republik geleistet hat, wird das deutsche Volk in einer großen Mehrheit sich anschließen. — Das „Berl. Tageblatt“ beschäftigt sich mit der Frage des Rücktritts für den Charakter und der Intelligenz Seedts durch momentane Rücksicht gegenüber Wünschen aus Kreisen des vergangenen Regimes. — Das „Berl. Tageblatt“ beschäftigt sich mit der Frage des Rücktritts für den Charakter und erklärt: Wenn ein Mann von dem Charakter und der Intelligenz Seedts durch momentane Rücksicht gegenüber Wünschen aus Kreisen des vergangenen Regimes. — Das „Berl. Tageblatt“ beschäftigt sich mit der Frage des Rücktritts für den Charakter und erklärt: Wenn ein Mann von dem Charakter und der Intelligenz Seedts durch momentane Rücksicht gegenüber Wünschen aus Kreisen des vergangenen Regimes. — Das „Berl. Tageblatt“ beschäftigt sich mit der Frage des Rücktritts für den Charakter und erklärt: Wenn ein Mann von dem Charakter und der Intelligenz Seedts durch momentane Rücksicht gegenüber Wünschen aus Kreisen des vergangenen Regimes.

Handschreiben des Reichspräsidenten an General v. Seedt.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat an den Generaloberst von Seedt in Genehmigung seines Abschiedsgesuches nachfolgendes Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Ihren Anträge um Entlassung aus dem Seereisdienst habe ich in der anliegenden Urkunde entsprochen. Ich sehe Sie mit großem Bedauern aus dem Seereis scheidend, und es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen in dieser Stunde namens des Reiches wie eigenen Namens von Herzen zu danken für alles, was Sie im Krieg und im Frieden für das Meer und für unser Vaterland getan haben. Ihr Name ist mit zahlreichen Auszeichnungen anderer Seereis im Weltkrieg verbunden und wird in der Kriegsgeschichte unvergessen weiterleben. Ebenso hoch aber liegt die Mühe und einsatzreiche Arbeit, in der Sie in der harten Nachkriegszeit die neue Reichswehr aufbaute und ausgebildet haben, und ebenso hoch sind die Verdienste, die Sie sich in den hinter uns liegenden Jahren schwerer Erschütterungen des Reiches um die Erhaltung der Ordnung und der Autorität des Staates erworben haben. All dieses wird Ihnen unvergessen bleiben!

Ich hoffe aufrichtig, daß Ihr vielseitiges Wissen und Können, Ihre Tatkraft und Ihre Erfahrung auch künftig unserem Vaterland nutzbar sein werden, und bin dieser Erwartung

mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr ergebener

Gen. von Hindenburg.

Reichsinnenminister Dr. Rühl über Auslandsdeutschstum und Heimat.

Berlin. Reichsinnenminister Dr. Rühl hielt gestern abend im Berliner Rundfunk eine Rede über „Auslandsdeutschstum und Heimat“, in der er u. a. ausführte, daß vor dem Krieg weite Kreise des deutschen Volkes keine Vorstellung von der Bedeutung des Auslandsdeutschstums außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gehabt hätten. Erst der Krieg habe hierzu einen grundlegenden Wandel geschaffen. Er habe gezeigt, daß auch die im Auslande wohnenden Deutschen sich mit der alten Heimat verbunden fühlen. Jetzt sei es ein Gebot der Dankbarkeit, zur Wiedererlangung voller Weltgeltung die Kräfte der im Auslande lebenden 40 Millionen Deutschen voll zu erhalten. Die Stärkung und Erhaltung des Auslandsdeutschstums läge in erster Linie auf kulturellem Gebiete. Die Hilfe für die deutschen Vorkämpfer sei eine voll berechnete Arbeit. Das Ausland werde gut tun, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß das deutsche Volk nicht mit Gleichgültigkeit zuschaue, wenn Auslandsdeutsche auf deutschen Siedlungs- und Kulturböden bedroht würden. Wir Deutschen im Deutschen Reich hätten vor der Geschichte und vor den Deutschen die Verantwortung, daß das, was in uns und in der Welt als Deutsche wirte, als lebende und befruchtende Kraft dem Deutschland und der Menschheit erhalten bleibe. Die Wiedererlangung

Reichstanzler Dr. Marx an die Beamten. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.

10. Berlin. Der zweite Verhandlungstag war einer großen Ausdehnung zum Zusammenschluß des Deutschen Beamtenbundes und des Gesamtverbandes Deutscher Beamtenvereinigungen gewidmet. Zu der Versammlung waren der Reichstanzler Dr. Marx, der Reichsinnenminister Dr. Rühl und der preussische Ministerpräsident Brauns erschienen.

Der Bundesvorsitzende Hügel-Berlin hielt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. betonte, daß der Beamtenbund dem Volke verbunden fühlen müsse, unter Ablehnung jeder parteipolitischen Färbung. Auch der neue Bund sei parteipolitisch und konfessionell neutral, er müsse es sein, oder er werde nicht sein. Der Beamtenbund sei keineswegs Gegner der Gewerkschaften, sondern wolle mit der Arbeiterbewegung und Angehörigen zusammenarbeiten.

Der Vorsitzende der Freien Beamtenvereinigungen, Gutlich, stellte mit Freude und Genugtuung seine völlige Uebereinstimmung mit dem Vorredner fest. Einkimmig angenommen wurde unter lebhaftem Beifall der Versammlung ein Antrag, worin der Zusammenschluß angeschlossen wird und der neue Bund den Namen „Deutscher Beamtenbund“ erhalten soll. Der Vorsitzende richtete an die Presse die Bitte um objektive Behandlung aller Fragen und Wünsche der Beamenschaft.

Reichstanzler Dr. Marx

führte unter lebhaftem Beifall der Versammlung aus, er sei selten einer Einladung zur Konstituierung einer neuen Organisation so freudigen Herzens gefolgt wie heute. — Er betonte und begrüßte den heutigen Tag als einen der wenigen frohen, ereignisreichen Tage, an denen wir von ganzem Herzen und in voller Uebereinstimmung stehen könnten: Unsere staatliche Geschlossenheit, unser deutscher Volkstaat hat wiederum einen bedeutenden Schritt vorangehen zu seiner Festigung und Stärkung.

Die Reichsregierung, so führte der Reichstanzler aus, hat alle Veranlassung, den heutigen Tag ganz besonders frohen Herzens zu begehen und allen denen, die zur Vereinigung dieser großen Beamtenorganisationen beigetragen haben, den allerherzlichsten Dank auszusprechen. Es handelt sich heute um einen ganz besonders bedeutungsvollen Staatsakt und um ein Ereignis, an dem unser ganzes deutsches Volk hoffentlich noch recht viel Freude und Genugtuung erleben wird.

Man könnte mir sagen, daß ich als Vertreter des Reiches ein gewisses Gefühl der Besorgnis empfinde, wenn eine so mächtige Organisation von über einer Million Mitgliedern jetzt plötzlich die Interessen des Beamtenstandes mit der diesen Herren eigentümlichen und gewöhnlichen Gründlichkeit handhaben will (Heiterkeit). Ich fürchte mich aber nicht. Ich sage mir: Wenn eine Konkurrenz der verschiedenen Organisationen vorhanden ist, dann gibt es mehr zu fürchten, als wenn eine große Organisation die zu erörternden Fragen zunächst in ihrem eigenen Kreise behandelt und zu einem großen Ausgleich kommt. Ich verhandele schließlich mit einer Stelle lieber als mit 12 Stellen, von denen jede die andere zu übertrumpfen versucht (Lachausbruch).

Bei dem gesunden Sinn der deutschen Beamenschaft bin ich überzeugt, daß ihre Beschlüsse im Interesse des ganzen deutschen Volkes liegen und von keiner Regierung abgelehnt werden können, der es ernst ist um die Belange des Deutschstums im allgemeinen. Ganz aus dem Herzen gesprochen ist mir das Wort des Vorsitzenden, daß der Bund politisch und konfessionell neutral sein müsse. Das Wort „politische Neutralität“ ist bestimmt nicht im Sinne des politischen Indifferentismus gemeint. (Sehr richtig.) Der deutsche Mann und die deutsche Frau müssen weiß wissen, was sie politisch wollen. Es ist der Charakter des Volkstaates, daß jeder einzelne Interesse gewinnt am Interesse des Volksganzen. Es gilt immer, um das Wohl des Volkes

und des Staates zu ringen. Dann werden wir das Mittel finden, das dem deutschen Volke so viel Schaden angeht, das werden auch die Preussler zurücktreten, die uns leider in so manchen Dingen zerplittern und zerfleischen.

Es gibt nur ein Ziel: Das Wohl der Gesamtheit, die Einheit unseres Reiches, die Wohlfahrt der Länder, die Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes, und dazu kommt dann konstitutionelle Einigkeit. Für einen deutschen Beamten und für den Beamtenbund darf es keine Frage der Staatsform mehr geben (anhaltender stürmischer Beifall). Die Staatsform ist da, rechtlich und moralisch unantastbar.

Die Verfassung ist zu schützen, zu achten und zu ehren. Das ist eins der Hauptziele des Beamtenbundes. Ich denke mit Stolz an das, was unser Beamtenum in den letzten Jahren von 1918 und 1919 für die Erhaltung des Staates geleistet hat. Damals ist das deutsche Beamtenum in ganz besonderem Maße der Rettung unseres Vaterlandes gewesen. Ob man mit der Entwicklung einverstanden ist oder nicht, jetzt sollte jeder Beamte, dem doch in allererster Linie das Ziel vorstehen muß, dem Volke zu dienen, sich sagen: alles andere tritt zurück; wir müssen am Vaterlande festhalten, die Verfassung halten wir hoch in Ehren.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Republik zur Zeit bestmöglich ist und daß — abgesehen von einigen wahnwitzigen Ideen — kaum mehr jemand was zu sagen hat. Aber eins fehlt ihr: die Achtung, die sie zu beanspruchen hat. (Sehr richtige Zustimmung.) Darin müssen die Beamten ganz besonders vorbildlich für die andere Bevölkerung sein. Gerade darin sollen wir auch dem Ausland gegenüber den Beweis für unser Deutschstum ablegen.

Was wir uns manchmal hier in einzelnen Kreisen getrauen, das wäre in England, Amerika und sonstwo unmöglich (Sehr richtig). Wenn auch manches Verbesserungsfähig ist, so muß doch eins festhalten: die Verfassung ist die Grundlage unseres Aufbaues. Die Achtung um der Verfassung überall zum Ausdruck zu bringen, ist in erster Linie Pflicht der Beamenschaft, ob es sich um höhere, mittlere oder untere Beamte handelt. Gilt man an diesen Bestimmungen fest, dann bringt die Auffassung, sich zu den höheren Beamten rechnen zu müssen, auch höhere Pflichten mit sich. (Stürmische Zustimmung.)

Die höheren Beamten sollen gerade auch den anderen Beamten und der ganzen Bevölkerung mit dem Beispiel vorangehen, unerschütterlich fest und mit aller Achtung und Ehrerbietung auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Wenn so die Beamenschaft sich als konstitutionell, konstitutionstreu und konstitutionstreu beweist, ist es selbstverständlich, daß auch der Beamte seine Ansprüche an Reich und Volk hat und die Regierungen verpflichtet sind, soweit die Möglichkeiten vorhanden, den berechtigten Ansprüchen und Interessen der Beamenschaft entgegen zu kommen.

Der Reichstanzler schloß mit herzlichsten Glückwünschen im Namen der Reichsregierung für den neuen Deutschen Beamtenbund. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Namens der preussischen Regierung begrüßte der Ministerpräsident Brauns den neugebildeten Deutschen Beamtenbund; er bezeichnete die Tagung als eine der wichtigsten Tatkraften auf dem Wege zur organisatorischen Einheit der deutschen Beamenschaft, und machte auf den Gegenstand des heutigen Preussens zu dem alten Obrigkeitsstaat aufmerksam. Der Beamte sehe heute nach der republikanischen Verfassung unmittelbar im Dienste des Volkes, in einem Treue- und Vertrauensverhältnis zum gesamten Volke.

Die Größe künstlicher Konstruktionen des Reichstages brachte der Abg. Seydl (Zos.) dar, während Abg. Baumhoff (Str.) für die Fraktionen des preussischen Landtages sprach.

Nachdem noch Staatsminister a. D. Dr. Drows einen Vortrag über „Verfassungsbeamtenum und Staat“ gehalten hatte, wurden die Verhandlungen auf heute Sonntagabend vertagt.

Deutschlands in die kolonialen Mächte der Welt sei eine Sache des deutschen Rechts, eine Sache der deutschen Ehre und eine Sache der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Völker untereinander habe Deutschland ein historisches und ein sittliches Recht, in der Reihe der Nationen zu bleiben, die an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der überseeischen Länder beteiligt sind. Zum Schluß betonte Dr. Rühl, daß wir uns bei allen gesamtdeutschen Fragen nicht nur als Glieder der staatlichen Gemeinschaft des Deutschen Reiches, sondern als Glieder einer deutschen Glaubensgemeinschaft, die sich in dem einen großen Gedanken einigt: Ich glaube an die Wiedererlangung meines Volkes, ich glaube an die Notwendigkeit des Deutschstums in der Welt, ich glaube an die mächtigste Kraft alles dessen, was Deutsch ist, fühlen müßten.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

10. Berlin. Die zur Belegung der Richtlinien des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Juli d. J. eingesetzte Ministerialkommission hat in ihren letzten Sitzungen, wie das Nachrichtenbüro des VDS, erzählt, eingehend über die Frage der ausreichenden Veranschlagung von Arbeitslosen durch die

Firmen, die Notstandsarbeiten ausführen, beraten. Die Veranschlagung der Arbeitsnachweiskämter soll in umfangreichem Maße erfolgen, da diese allein in der Lage sind, solche Arbeiter für die Beschäftigung vorzuschlagen, die in der bestimmten Branche arbeitslos sind. Besonders dort, wo starke Arbeitslosenziffern vorhanden sind, soll von der Tätigkeit der Arbeitsnachweiskämter weitestgehend Gebrauch gemacht werden. Im Interesse der Landwirtschaft muß das Bestreben dahin gehen, die Abwanderung von Landarbeitern zu den Notstandsarbeiten — ein Anreiz hierzu liegt in den hohen Barverdiensten — zu verhindern, um die Not für die Landwirtschaft an Arbeitskräften nicht noch zu vergrößern.

Wie das Nachrichtenbüro des VDS, erzählt, laufen die Notstandsprogramme der Länder bei den zukünftigen Reichstagen nach und nach ein. Ueberwiegend werden Straßenbauten, Restaurierungen, Flußregulierungen, Landwerkbauten, Wasserleitungen, Wasserkräftenanlagen und Ähnliches in Vorschlag gebracht. Sollten die bisher bewilligten Mittel nicht ausreichen, so würden weitere Gelder auch einen Nachtragsetat anfordern sein. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm erstreckt sich bis zum Ablauf des Jahres und wird im nächsten Jahre den sich aus der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft ergebenden Bedürfnissen neu angepaßt werden.